

Lothar Mark

Mitglied des Deutschen Bundestages Mitglied des Haushaltsausschusses Stv. Mitglied des Auswärtigen Ausschusses

Herrn Dr. Álvaro Uribe Vélez Staatspräsident der Republik Kolumbien

 via Botschaft der Republik Kolumbien -

Postanschrift Berlin

Platz der Republik 1 11011 Berlin Tel:(030) 227– 769017723 Fax:(030) 227-76901 lothar.mark@bundestag.de

Wahlkreis

H2, 4 68159 Mannheim (0621) 26050 (0621) 154749 lothar.mark@wk.bundestag.de

www.lothar-mark.de

Berlin, den, 02.06.06/fm

Zur Bedrohung von Menschenrechtsorganisationen

Sehr geehrter Herr Staatspräsident,

ich wende mich an Sie Bezug nehmend auf die Verpflichtungen, die durch die kolumbianische Regierung und die EU auf dem kürzlich in Wien zu Ende gegangenen 4. Gipfel der EU, Lateinamerikas und der Karibik bezüglich der Unterstützung und des Schutzes von Menschenrechtsverteidigern eingegangen worden sind.

Ich bin sehr besorgt über die wiederholten Bedrohungen, die mehrere kolumbianische Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Bewegungen in den vergangenen Wochen erhalten haben.

Wie Sie wissen, verfolge ich als Lateinamerika-Beauftragter der SPD-Fraktion die Entwicklungen in Kolumbien seit einiger Zeit mit großem Interesse und begrüße die Bemühungen Ihrer Regierung, das Gewaltmonopol im Land wiederherzustellen.

Mit großer Sorge beobachte ich dagegen die Situation im Hinblick auf die Menschenrechte. Mich beunruhigen die schweren Bedrohungen, die so angesehene Organisationen und Personen wie das Anwaltskollektiv Corporación Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo (CCajar), die Menschenrechtsorganisation Consultoría para los Derechos Humanos y el Desplazamiento (CODHES), die Menschenrechtsorganisation Instituto Popular de Capacitación (IPC), der Menschenrechtsverteidiger Iván Cepeda Vargas, die Frauenorganisation Organización Femenina Popular (OFP), der Jesuitenpater Javier Giraldo der Menschenrechtsorganisation Centro de Investigaciones y Educación Popular (CINEP) oder der Journalist Hollman Morris, um nur einige zu nennen, erhalten haben. Einige dieser Bedrohungen sind von Gruppen unterschrieben, die sich selbst als neue paramilitärische Gruppen bezeichnen.

In diesem Kontext fällt mir besonders der Bericht der Mission der Organisation Amerikanischer Staaten auf, die sich mit dem Monitoring des Friedensprozesses beschäftigt (MAPP/OEA), auf. Dieser weist auf "das Auftauchen neuer bewaffneter Akteure und/oder die Stärkung einiger bereits existierender in Zonen, die von den demobilisierten Gruppen bereits verlassen wurden", hin.

Ich bin der Ansicht, dass es sehr wichtig ist, dass dringende und abgestimmte Maßnahmen ergriffen werden, um jeglichen Angriff auf die körperliche oder moralische Unversehrtheit dieser Personen zu verhindern und dass die öffentliche Anerkennung und Unterstützung der legalen und legitimen Arbeit der Menschenrechtsverteidiger auf allen Ebenen der Regierungsinstitutionen, denen Sie vorstehen, sichergestellt wird.

Darum bitte ich Sie höflich, die folgenden Maßnahmen in Erwägung zu ziehen:

- Garantie der körperlichen und psychischen Unversehrtheit aller Mitglieder der erwähnten Organisationen sowie der erwähnten Personen,
- Garantie der freien Ausübung der legalen und legitimen Arbeit der Förderung und Verteidigung der Menschenrechte, dazu gehört die Garantie, dass Autoritäten von öffentlichen Brandmarkungen absehen und die Durchführung von effektiven Rehabilitationsakten angesichts bereits geschehener Brandmarkungen,
- Garantie von transparenten, vollständigen und unparteiischen Untersuchungen, um die geschehenen Vorfälle zu klären und die Verantwortlichen schnellstmöglich zu bestrafen.

Ich bedanke mich im Voraus herzlich für die Aufmerksamkeit, die Sie diesem Thema widmen, und bitte Sie, mich über die Fortschritte der Untersuchung des Falles informiert zu halten.

Mit besten Grüßen

wither land

Lothar Mark